

## **BAKkompakt**

– aus den Sitzungen des Bundesarbeitskreises FSJ –

**Nr. 4, Juni 2009**



Bei einer parlamentarischen Gesprächsrunde im Jakob-Kaiser-Haus haben Bundestagsabgeordnete von CDU, SPD und Grünen am Mittwoch dem FSJ ihre Unterstützung versichert. Der Bundesarbeitskreises Freiwilliges Soziales Jahr hatte Jugend- und Engagementpolitiker/-innen eingeladen, um über Perspektiven der Jugendfreiwilligendienste und über Erwartungen, die von Politik und Gesellschaft an das FSJ gestellt werden, zu sprechen.

Alle Abgeordneten unterstrichen die besondere Bedeutung von Freiwilligendiensten. Sönke Rix (MdB),

Kerstin Griese (MdB und Vorsitzende des Ausschusses FSFJ) und Ute Kumpf (MdB und Vorsitzende der Arbeitsgruppe BE der SPD-Bundestagsfraktion) von der SPD; Markus Grübel (MdB) von der CDU betonten ebenso wie Kai Gehring von Bündnis 90/Die Grünen, dass die belastende Umsatzsteuerbarkeit des FSJ ein zentrales Thema auch nach der Bundestagswahl bleibt.

Die für Freiwilligendienste in ihren Fraktionen zuständigen Politiker stellten ihre Positionen zu den Jugendfreiwilligendiensten vor. Alle Fraktionen betonten die große Bedeutung der Jugendfreiwilligendienste. Sönke Rix (SPD) will grundsätzlich, dass jeder und jedem Interessierten ein Freiwilligendienstplatz zur Verfügung gestellt wird. Außerdem spricht er sich für eine Erhöhung der Fördermittel für das FSJ und auch eine Erhöhung der Förderpauschale aus. Sollte es durch eine Einschränkung der Wehrpflicht zur Neuverteilung der Zivildienstmittel kommen, sind diese zum Großteil in die Freiwilligendienste zu transferieren. Außerdem empfiehlt er, die Positionierung der Jugendfreiwilligendienste als Maßnahme der Jugendhilfe/Jugendpolitik stärker zu pointieren.

Markus Grübel (CDU) weist daraufhin, dass zumindest für die doppelten Abiturjahrgänge mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Derzeit wird überlegt, die unterschiedlichen JFWD (FSJ, weltwärts, kulturweit) stärker zusammenzuführen, um den Wettbewerb um die besten Rahmenbedingungen zu beenden.

Kai Gehring (Bündnis 90/ Die Grünen) unterstützt die Forderungen des BAK-FSJ nach einer starken Erhöhung der Freiwilligendienst-Plätze und schließt sich auch der Forderung nach einer vollständigen Befreiung der Jugendfreiwilligendienste von der Umsatzsteuer an.

Der BAK-FSJ dankt den anwesenden Parlamentarier/-innen für die Unterstützung in den letzten Jahren und bittet darum, fraktionsübergreifend weiterhin gemeinsam für die Anliegen des FSJ einzutreten. Gemeinsam sollte auch in Zukunft die Ausweitung der Einsatzplätze bei verbesserter finanzieller Unterstützung durch den Bund und die vollständige Umsatzsteuerbefreiung im Mittelpunkt des gemeinsamen Agierens stehen. Der BAK-FSJ ist sich der Unterstützung der Fachpolitiker/innen sicher, ihre Positionen zur Förderung der Jugendfreiwilligendienste unterscheiden sich nur unwesentlich; die Grenzen verlaufen eher zwischen Finanz- und Jugendpolitik als zwischen den einzelnen Fraktionen.

Diskutiert wurde auch über die Frage, wie eine sinnvolle Einbeziehung von Benachteiligten in Jugendfreiwilligendienste aussehen kann, wie eine klare Abgrenzung von Freiwilligendiensten als Teil bürgerschaftlichen Engagements von arbeitsmarktnahen Maßnahmen gelingt und wie Modellprogramme in das Regel-FSJ integriert werden können. Der BAK-FSJ fordert einen breit angelegten zivilgesellschaftlichen Dialog in der Entwicklung eines Gesamtkonzepts für Freiwilligendienste.